

**Kinderfreundinnen und Kinderfreunde Salzburg
Landesvorsitzende Mag.^a Cornelia Schmidjell**

Medieninformation am 19. August 2016

Sozialarbeit als Turbo für Bildungschancen

Keiner weiß, wie Kinder in Mindestsicherung vor- und außerschulisch betreut werden. Das zeigt die Beantwortung einer Anfrage durch die Salzburger Landesregierung. Dabei könnten gerade in diesem Bereich genauere Daten und ein Anspruch auf Sozialarbeit dabei helfen, Armut durch mehr und gezieltere Bildung zu verhindern. Die Kinderfreunde Salzburg fordern deshalb, dass Familien in Mindestsicherungsbezug künftig Anspruch auf sozialarbeiterische Unterstützung bekommen.

Bildung ist der größte Chancengeber für individuelle Entwicklung, berufliche Perspektiven, für ein gelungenes Leben schlechthin – wenn man in den Genuss davon kommt. Ein Mangel daran zementiert dagegen bestehende Ungleichheiten und schlechte Startbedingungen. Gerade deshalb ist Bildung für armutsgefährdete Menschen, insbesondere Kinder, ein zentraler Faktor.

Studien belegen: Armut wird in großem Ausmaß vererbt. Kinder, die aus armutsgefährdeten Familien kommen, haben ein viel höheres Risiko, im Erwachsenenalter selbst arm zu werden.

Eine Erhebung der Statistik Austria zeigt: Aktuell sind in Österreich etwa 400.000 Kinder und Jugendliche armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Rund 310.000 dieser Kids kommen aus Familien, die von Einkommensarmut betroffenen sind. Ihre Bildungschancen stehen von Anfang an schlecht:

- 43 Prozent der Kinder und Jugendlichen aus Haushalten mit Niedrigeinkommen können keine regelmäßigen Freizeitaktivitäten ausüben, weil das Geld fehlt.

- Geld für Nachhilfe ist für 49% der Mädchen und für 41% der Buben aus einkommensschwachen Haushalten nicht vorhanden.
- Armutsgefährdete Kinder besuchen öfter die Hauptschule, nur wenige Eltern können sich für ihre Kinder einen Studienabschluss vorstellen (20% der Kinder im Vergleich zu 53% der Kinder mit hohem Einkommen).

Gerade hier – im Bildungsbereich – müsste man bedürftige Familien also am meisten unterstützen. Und zwar von Anfang an: Vorschulische Förderung trägt ganz entscheidend dazu bei, dass Kinder selbstbewusst und mit positiven Zugängen ihre Talente nutzen können. Geschieht nichts, sind abgebrochene Bildungswege und schlechte Berufs- und Lebenschancen die Folge.

„Deshalb ist es absolut notwendig, mit politischen Maßnahmen gegen die ‘Armutsvererbung’ anzukämpfen. Ein inklusives Bildungssystem, das auch Kindern aus sozial schwachen Verhältnissen gerecht wird, ist unverzichtbar“, sagt die Landesvorsitzende der Kinderfreunde Cornelia Schmidjell. Und weiter: „Die Mindestsicherung kann durch gesetzliche Weichenstellungen zu einem Bildungssprungbrett für armutsgefährdete Kinder werden. Dazu braucht es aber einen Rechtsanspruch auf Sozialarbeit!“ Dann müssten endlich genügend Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter bereitgestellt werden, die mit den Familien Hilfe zur Überwindung der Notlage planen und umsetzen.

Bildungs- und Betreuungsbedarf wird nicht einmal anonymisiert erfasst

Ein Problem ist auch: Es gibt kaum Zahlen, die Aufschluss über die Bildungsbeteiligung von Kindern und Jugendlichen aus Bedarfsgemeinschaften der Mindestsicherung geben. Ob sie in vorschulischen Betreuungsformen sind oder an ganztägig schulergänzenden Angeboten teilnehmen, müsste anonymisiert erfasst werden. „Würden diese Zahlen und Fakten erhoben, dann wäre der enorme politische Handlungsbedarf sofort offensichtlich“, stellt Schmidjell klar.

In Summe müssen über 2.500 Salzburger Kinder und Jugendliche direkt oder indirekt durch die Mindestsicherung unterstützt werden. Sie machen etwa 25 Prozent der BezieherInnen aus. Darunter sind aktuell 499 unter 6-jährige und 1.519 junge Menschen von sechs bis 15 Jahren:

Niemand weiß, ob sie eine vorschulische Bildungseinrichtung besuchen oder am Nachmittag gefördert werden – und wenn ja, auf welche Art.

Mangelndes politisches Interesse an Bildung armutsgefährdeter Kinder?

„Arme Kinder kommen aus armen Familien. Vor allem Alleinerziehende und Familien mit mehr als drei Kindern sind gefährdet. Die aktuelle Mindestsicherungsdebatte geht an den wahren Problemen vorbei: Nicht weniger finanzielle Leistungen, sondern das System weiterzuentwickeln sollte das Thema sein“, kritisiert Cornelia Schmidjell.

Ein wichtiger Schritt in diese Richtung wäre eben ein Rechtsanspruch auf sozialarbeiterische Unterstützung. Diese Sachleistung würde nicht nur Ungerechtigkeit bekämpfen sondern vor allem längerfristig helfen, Ausgeben einzusparen: Kids, die in ein selbstständiges Leben geführt wurden brauchen die Sozialtöpfe schließlich in der Regel nicht. „Nur der lange Hebel Bildung kann unsere Gesellschaft nachhaltig zukunftsfähig machen und die Finanzierung unseres Wohlfahrtsstaates sicherstellen“, ist Cornelia Schmidjell überzeugt.

Da eine neue Art 15a Vereinbarung zwischen Bund und Ländern zur Mindestsicherung abzuschließen ist, plädiert die Kinderfreunde-Landesvorsitzende für mehr Sachleistungen zur Bildungsunterstützung: „Die Länder, so auch Salzburg, sollten _ konkrete gesetzliche Maßnahmen und Rechtsansprüche schaffen. Begleitende Datenerhebungen sind dazu unbedingt notwendig. Die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker dürfen fehlende Zahlen und Daten nicht einfach so hinnehmen. Gegen die Vererbung von Armut gehört alles Erdenkliche getan. Mit einem Rechtsanspruch auf Sozialarbeit würde sichergestellt, dass auf Bildungslagen und -erfordernisse systematisch eingegangen werden kann!“, so Schmidjell.

Kontakt und Infos:

Mag. Cornelia Schmidjell, Landesvorsitzende der Kinderfreunde Salzburg, Tel.: 0664/3333050